



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

Fax : (0221) 221-26928

E-Mail: barbara.bueltge-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 08.05.2012

**Auszug
aus dem Entwurf der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses
Umwelt und Grün vom 03.05.2012**

öffentlich

**6.1 Abgrabungskonzentrationszone Immendorf/Meschenich
3550/2011**

RM Herr Dr. Welpmann kündigt an, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen der Vorlage zustimmen werde. Man habe an dieser Stelle aus rechtlichen Gründen keinen Ermessensspielraum.

Er weist auf die ergänzenden Anregungen der BV Rodenkirchen hin. Man könne den Änderungen jedoch formal nicht zustimmen und bitte daher die Verwaltung, diese Anregungen als Abwägungsmaterial mit in die weitere Bearbeitung des Falles aufzunehmen und zu berücksichtigen. Der Tenor des Ergänzungsantrags aus Rodenkirchen sei, Recycling mehr in den Vordergrund zu rücken und über den verstärkten Einsatz von Recyclingbaustoffen letztendlich dem Primärrohstoffkreislauf die Kiesmengen weitgehend zu entziehen, damit man nicht mehr soviel Kies abbauen müsse.

Herr Dr. Welpmann schließt mit der Bitte an die Verwaltung, soweit sie Einfluss habe - z. B. über Baugenehmigungen, runde Tische, Beratungsgespräche mit Baufirmen, insbesondere mit der Bauwirtschaft, die im Recyclingbereich tätig ist - stärker darauf hinzuwirken, dass der Einsatz von Kies zu Gunsten von Recyclingbaustoffen reduziert werde.

SB Herr Dr. Albach kommentiert zu den Ergänzungen der BV Rodenkirchen, er betrachte es aus marktwirtschaftlicher Sicht als bemerkenswert, dass dort beschlossen werde, eine regionale Betonindustrie aufzubauen.

Außerdem betont er, es sei wasserrechtlich verboten, Braunkohlekies zu waschen, da sonst Schwefelverbindungen ins Grundwasser eingetragen würden. Die Frage der Nutzung von Braunkohlekies sei im Ausschuss Umwelt und Grün bereits vor mehr als 2 Jahren ausführlich diskutiert worden.

Herr Dr. Albach hegt die Befürchtung, dass - unter der Voraussetzung, die rechtlichen Voraussetzungen und die politischen Mehrheiten bleiben so wie heute - man damit rechnen müsse, dass die Konzentrationszone so lange in Meschenich bleibe, wie dort Kies sei, der wirtschaftlich zu gewinnen sei.

RM Herr Brust widerspricht Herrn Dr. Albach hinsichtlich des Abbaus von Kies im Braunkohletagebau. Er erinnert an einen Beschluss des Umweltausschusses in den 80er Jahren, dass mit Rheinbraun verhandelt werden sollte, um den Kies, der im Braunkohletagebau Hambach abgebaut wurde, nutzen zu können. Dort würden riesige Mengen ausgekiest, die die Kölner Mengen weit überträfen. Diese seien auf Dauer nicht mehr zu nutzen, da sie mit anderer Erde vermischt würden und auf den Abraumhalten verschwänden. Deswegen müsse dringend über eine Nutzung nachgedacht werden, anstatt woanders auszukiesen. Seines Wissens nach habe es damals die Überlegung gegeben, den Kies per Bahn in den Bereich Escher See / Stöckheimer Höfe zu transportieren und dort zu waschen.

Herr Brust fragt, ob das Waschen von Braunkohlekies tatsächlich verboten sei oder ob es denkbar sei, mit der RWE, ehemals Rheinbraun, zu verhandeln.

Herr Kiefer bestätigt, dass Braunkohlekies sauer sei und nicht ohne weiteres verwandt werden könne. Dies treffe jedoch bei der Braunkohleförderung auf den gesamten Abraum zu. Diesem müsse Kalk zugefügt werden, um einen adäquaten pH-Wert zu erreichen. Auch treffe zu, dass der saure Braunkohlekies nicht in einer gewöhnlichen, mit Grundwasser gefüllten, Kiesgrube gewaschen werden könne. Dies würde zu einer negativen Beeinträchtigung des Grundwassers führen, was wasserrechtlich nicht zulässig sei.

Die Lösung sei in diesem Fall, den Kies in einem vom Grundwasser abgetrennten See oder aber in einer Anlage, bei der das Kieswaschwasser in einem geschlossenen Kreislauf geführt werde, zu waschen. Dabei könne der pH-Wert des Wassers durch die Zugabe von Kalk beeinflusst werden. Dass Braunkohlekies bisher nicht genutzt werde, liege nicht daran, dass dies technisch unmöglich sei. Vielmehr handele es sich dabei um eine unternehmerische Entscheidung der Firma RWE-Power bzw. früher Rheinbraun, bei der ggf. auch Rücksichtnahme auf die örtlichen Kiesgruben eine Rolle spiele.

Herr Kiefer geht auf die Befürchtung von Herrn Dr. Albach ein und erläutert, es sei den Menschen vor Ort tatsächlich nicht zuzumuten, dass dort über die Realisierung des vorliegenden Vorhabens hinaus Kies abgebaut werde. Die Planung sehe daher eine relativ frühe Rekultivierung vor. Das bedeute, die Bereiche, unter denen sich der noch übrige Kies befinde, werden ökologisch so aufgewertet, dass ein späteres nochmaliges Inangriffnehmen wirtschaftlich nicht sinnvoll sei.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Albach antwortet Herr Kiefer, dass man dann eine andere Konzentrationszone benötige, wenn es bei den bisherigen Vorgaben der Landesplanung bleibe. Es gebe auch bereits Variantenuntersuchungen und es werde Aufgabe der Stadtplanung sein, durch eine adäquate Flächenausgestaltung zu verhindern, dass sensible, anderweitig besser nutzbare Flächen, dem Kiesabbau anheim fallen. Vielmehr müsse man eine Kiesabbaukonzentrationszone suchen, wo es am wenigsten störe. Herr Kiefer nennt als Beispiel den rechtsrheinischen Süden an der Grenze zu Niederkassel. Dort gebe es bereits Kiesabbau. Es gebe jedoch auch andere Flächen, die in Betracht kämen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Herrn Kiefer für die klaren Aussagen und stellt den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung, bittet aber auch noch mal, das

Anliegen der BV Rodenkirchen im Abwägungsprozess zu berücksichtigen, auch wenn es formal nicht mitbeschlossen werden könne.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss, wie folgt zu beschließen:

Der Stadtentwicklungsausschuss stimmt der in Anlage 1 dargestellten Erweiterung der Abgrabung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Stimme von pro Köln.